



Es herrscht zu viel Ruhe in der Windenergie.

FOTO: PATRICK PLEUIL/DPA

# Windkraft in der Flaute

Hunderte fertig geplante Projekte warten auf Genehmigung

VON FRANK-THOMAS WENZEL

**FRANKFURT AM MAIN.** Die Ziele für den Ausbau der Windkraft sind in diesem Jahr kaum noch zu erreichen. Nach den Zahlen der Branchenverbands BWE wurde bislang etwa die Hälfte der vorgesehenen zusätzlichen Kapazität für dieses Jahr erreicht. Zugleich laufen die Windmüller dagegen Sturm, dass die Bundesregierung ihnen Gewinne aus dem Stromverkauf abknöpfen will.

Laut BWE gingen zwischen Januar und September 365 neue Anlagen mit einer Gesamtleistung von 1575 Megawatt ans Netz. Das ist mehr als ein großes Atomkraftwerk und entspricht nach vorläufigen Zahlen einem Zuwachs von 5,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Aber in den aktualisierten Vorgaben von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sind für dieses Jahr 3000 Megawatt vorgesehen. Zwar rechnen Experten wie immer mit einem Endspurt in den letzten drei Monaten, aber dennoch dürfte die Vorgabe kaum noch erreicht werden. Dabei sind die 3000 Mega-

watt nur der Anfang: Nächstes Jahr sollen es 5000, 2024 dann 6000 und von 2027 an jedes Jahr 10 000 Megawatt werden, um die Klimaziele zu erreichen.

Was BWE-Präsident Hermann Albers besonders bekümmert: Die Zahl der neu genehmigten Mühlen ist in den ersten drei Quartalen um gut 16 Prozent zurückgegangen. Das macht es schwer, den Rückstand aufzuholen. „Da die Genehmigungen den

künftigen Zubau darstellen, ist die Situation besorgniserregend“, so Albers.

Das größte Ärgernis ist für ihn, dass fertig geplante Projekte mit insgesamt 10 000 Megawatt bei den Genehmigungsbehörden liegen. „Um die Verfahren bis Jahresende abzuwickeln, braucht es einen Entscheidungsturbo“, sagt Albers. Er fordert die zuständigen Landesregierungen auf, in ihren Behörden das „überragende öffentliche In-

teresse“ für den Ausbau der Erneuerbaren durchzusetzen.

Für zusätzliche Aufregung sorgt unter den Windmüllern, dass die Bundesregierung auch ihnen sogenannte Zufallsgewinne abknöpfen will. Viele Erzeuger von Ökostrom haben konstante Kosten, profitieren aber beim Vermarkten der Energie davon, dass die Preise in die Höhe geschossen sind.

Es müssten „ausreichend Gewinne zur Risikoabsicherung und für Neuinvestitionen“ bleiben, heißt es in einem Papier der Verbände BDEW, VKU, BEE und BNE, das dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt. Und: Ein zu tiefer Eingriff berge das Risiko, „den Betrieb von Anlagen zu gefährden“.

Geplant ist auch, die Gewinnabschöpfung rückwirkend zum 1. März einzuführen. Das lehnt Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE), vehement als verfassungswidrig ab: „Angesichts der aktuellen Energiekrise könnte dies existenzbedrohliche Auswirkungen haben.“

## Nord-Süd-Gefälle

**Beim Ausbau** der Windkraft hat sich nach den Daten des Branchenverbands BWE das Nord-Süd-Gefälle in diesem Jahr noch weiter verstärkt. Vorn liegen Schleswig-Holstein und Niedersachsen, gemeinsam mit NRW und Brandenburg. Abgeschlagen sind neben Bayern ausgerechnet die Bundesländer Baden-Württemberg, wo Grün-Rot regiert, und Hessen, wo eine schwarz-grüne Landesregierung das Sagen hat. In allen drei Ländern sind 2022 bis-

lang jeweils nur fünf neue Windräder aufgestellt worden. Das setzt sich bei den Genehmigungen fort. Für den BWE ist deshalb schon jetzt klar: Das bestehende regionale Ungleichgewicht ist auch in den nächsten Jahren nicht auszugleichen. Das erschwert die Stromversorgung, denn damit im Süden die Lichter nicht ausgehen, muss Strom vermehrt über große Strecken aus dem Norden dorthin transportiert werden.